

Hertrinker!
Ausficht des Her-
Marzenbiers, so gut
des durchaus beizubringen
eriten- und Hopfenpreisen
r 9 fl. Stadt, 8 fl. Land.
voll empfiehlt
Habermann.

Rathgeber
mer
Bewahrung.
In allen Krankheiten
und Zeugungs-
schwächen und An-
stalten.) Preis 2 fl.
bereits über 200,000
Tausende von Ge-
und neue Ver-
nicht mit unheim-
nuzige Speculation
in jeder Ver-
Zulbuchhandlung
Francoverendung
8-12

Mundwasser.)
Bewahrt: Als spe-
chlich bei Blatung des
abflussiges, übertrieben
in Altem und eintreten-
der Caries.
per Alcon 88 fr.
Zustände zu bekommen:
bei Hrn. J. F. Zöhrer,
bei Hrn. E. Kokak,
Apotheker Jekelius
in
S. Misselbacher.
Comp.
Fogarasi.
ary.

ärztlichem Gut-
utensaft
ende.
nner als 2 Flaschen
nt.
ven-Essen
früher.
in Gefäß- und Ge-
schmerzen, Verren-
nung der Geschlechts-
B. W.

z's
neur.
B. W. 4-12
N. Glatau,
Uhrmacher,
Wien, Kärntnerstrasse 51, Palais Todesco.

Erscheint
mit Ausnahme des
Sonntags täglich.
Kostet für das halbe Jahr
6 fl., das Vierteljahr 3 fl.
50 kr., ein Monat 85 kr.
Mit Zustellung ins
Haus 1 fl.
Postverendung:
Im Inland:
halbjährig 7 fl. viertel-
jährig 3 fl. 50 kr. 8. W.
Im Ausland:
vierteljährig 4 fl. 50 kr.
Redakteur und Eigen-
thümer
Th. Steinhaufen.

Sermannstädter Zeitung

vereinigt mit dem

Siebenbürger Boten.

Inserate
aller Art werden in der
Steinhausener Buch-
druckerei angenommen; für
Post bejorgt dieselben Leop-
Lang, Intern. Annoncen-
Expediton, Dorotheagasse
9; für Wien die Annon-
cenbureau: A. Oppel,
Bollgasse 22, Haasenstein
& Vogler, Neuer Markt 11,
Rudolf Mosse, & Co. er-
hält 2; für An Land
Haasenstein & Vogler in
Berlin, Hamburg, Frank-
furt a M., Basel und Paris.
Das einmalige Einrüden einer
einzeligen Garnungszeile
kostet 7 kr., das 2. Mal 6 kr.,
das 3. Mal 5 kr., & so fort.
Der Stempelgebühren 30 fr.

Abonnements-Verzeichniss: In Mediasch bei Joh. Friedrich Erben; in Schäßburg bei C. J. Habersang's Buchhandlung (C. F. Erler); in Szasz-Regen bei Herrn J. G. Rinn, Kaufmann; in Brass bei Herrn J. F. Leonhard, Kaufmann; in Hühlsbach bei Herrn J. Leonhard, Kaufmann; in Maros-Vasarhely bei Herrn J. Wittich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchhändler; in Bistritz bei Herrn C. Schell, Lehrer; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Reibner, Buchhändler; wofür die Abonnements-Beträge franco erbeten werden.

Nr. 65. **Sermannstadt, Freitag am 15. März.** 1872.

Telegramm

des
„Sermannstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürger Boten.“

Peft, 14. März. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses interpellirte Wächter: Wann der Minister das Municipalstatut für den Königsboden vorzulegen gedenke? Der Minister antwortete, der Entwurf sei fertiggestellt und werde vorgelegt, sobald Aussicht zur Verhandlung vorhanden sei.

Willkürliche Uebersetzung

Wien, 11. März.

Der in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Leiter des Landesverteidigungs-Ministeriums Oberst Hoff eingebrachten Regierungsvorlage, betreffend die Bedienung des Bedarfs an Pferden bei einer Mobilisirung für das Heer und die Landwehr, entnehmen wir folgende Bestimmungen: „Bei einer Mobilisirung (Verfertigung auf den Kriegszustand) der bewaffneten Macht oder eines Theiles derselben wird auf Befehl des Kaisers zur zwangsweisen Aushebung des zur Ausübung erforderlichen Bedarfs an Pferden gegen angemessene Entschädigung geschritten.“

Der Verfassungskonflikt beruht hierüber vier Anträge seines Subcomités in Betreff des Galizien zu gewährenden Pauschalbeitrages und verwarf sie sämmtlich. Dieses Ergebnis veranlaßte den Ritter v. Groszolek zu der Frage, ob wohl der Verfassungskonflikt nochmals zusammenkommen werde. Er kommt allerdings am Mittwoch wieder zusammen, wenn er aber weiter kommen soll als heute, so muß ihm guter Rath über Nacht kommen. Nach ihrer Verwerfung haben die vier Anträge eigentlich nur noch ein historisches Interesse. Die Majorität des Subcomités, vier Stimmen, hatte sich für Herbst's Antrag auf ein fünfjähriges Entschädigungsbefehl eine alljährliche, Rehbauer eine fünfjährige Revision des Befehls beantragt, Zpbilnikowicz aber, daß das Pauschale jährlich in dem Verhältnisse vermehrt oder vermindert werden solle, als sich die Staatseinkünfte aus direkten oder indirecten Abgaben Galiziens vermehren oder vermindern werden.

Von Einfluß auf die Abstimmung scheint ein „unglücklicher“ Ausdruck des Finanzministers de Pretis gewesen zu sein. Dieser sagte nämlich: Die Galizianer wollen sich loslösen von der Gemeinamkeit in gewissen Punkten, die Anderen treten natürlicher Weise diesen Wünschen entgegen; die Regierung wolle beiden Theilen Rechnung tragen. Man muß zugeben, daß der, der Begünstigungen will, doch von der Zustimmung der Anderen abhängt. Aber die Regierung wolle den galizischen Ausgleich ermöglichen und verführe daher eine Vermittlung. Die Regierung ist gegen den Antrag des Abg. Dr. Zpbilnikowicz, weil gegenwärtig kein Einverständnis zwischen den Steuerleistungen Galiziens und jenen der anderen bestehe. Auch liegt kein geeigneter Maßstab in den indirecten Steuern. Der Antrag des Abg. Dr. Herbst ist wohl vom Rechtsstandpunkte verwerflich; aber die Regierung müsse bitten, denselben nicht anzunehmen, er habe ein föderalistisches Gepräge, er würde zu einer besonderen Reichsteuer führen und in späteren ähnlichen Fällen wäre das sehr bedenklich. Die Regierung ist für den Antrag des Abg. Dr. Rehbauer. — Abg. Dr. Herbst: In späteren ähnlichen Fällen würde allerdings Dr. Rehbauer's Antrag eine bessere Handhabung bieten. — Abg. Dr. Rehbauer: Wenn ähnliche Fälle möglich sind, dann könne man überhaupt nicht für den galizischen Ausgleich stimmen. — Abg. v. Demel: Es scheint, als ob der Regierung

der Gedanke an ähnliche Fälle vorschwebte. — Finanzminister de Pretis erklärt mit aller Entschiedenheit, daß er sich bloß unglücklich ausgedrückt habe. Die Regierung sei weit entfernt, weitere ähnliche Fälle eines Ausgleiches im Auge zu haben. — Abg. Dr. Rehbauer bemerkt, daß er für diesen Fall seinen Antrag lieber wieder gar nicht gestellt hätte, da er für seine weiteren Ausgleiche sei.

Die Meldung, daß den Alt Katholiken in Linz die Abhaltung des öffentlichen Gottesdienstes wieder gestattet ist, gibt Zeugnis von dem Willen des Ministeriums, den Bescheid der öffentlichen Meinung Genüge zu thun. Durch Rücknahme des Verbots hat der Staat seine Parteipolitik, von welchem das Circular des Kultusministers ausging, den es aber in seinen Schlussfolgerungen verleugnete: den Grundfals, daß der Staat nicht in einem Dogmenstreite entscheiden, nicht die Gegner oder die Anhänger der Unschicklichkeit für die wahren Katholiken ausgeben darf. Damit ist dem formellen Rechte Genüge geschehen. Aber das höhere Recht, das der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, fordert noch seine Erfüllung. Die in gutem Glauben, unter schweigender Zustimmung der Regierung geschlossenen Ehen der Alt Katholiken sind nach dem Buchstaben unserer Verfassung nicht auf das Schisma in der katholischen Kirche berechneten Gesetze illegal; darum müssen sie nachträglich und schleunigst durch ein Gesetz legalisirt werden. Die Klugehe, die Rücksicht auf die öffentliche Meinung der ganzen gebildeten Welt fordert, daß dieses Gesetz noch vor Unterbrechung der Session beschloffen werde. Denn die auch nur theoretische Gerabwürdigung achtbarer Frauen, ihrer Kinder zu Waisenden wäre ein Akt der Herzlosigkeit, welcher dem Ministerium die schwerstbestehbare Feindschaft, die der Gefühle, eintragen würde.

Das Circular unseres Kultusministers wird heute auch von einer preussisch-officiösen Feder, zwar indirect, doch darum nicht weniger ungenügend beurtheilt. In seiner großen Rede vom letzten Mittwoch hatte bekanntlich Fürst Bismarck bemerkt, der katholische Alerus habe Oesterreichs Niederlage im Jahre 1866 schon schwer empfunden, noch schwerer die Siege Preußens über Frankreich, und sei deswegen gegen das unerträgliche Kaiserreich vorgegangen. Dieser Passus hat in Berlin großes Aufsehen gemacht und wie und da eine Erhaltung der Beziehungen zwischen Preußen und Oesterreich vermuthen lassen. Dieser Vermuthung tritt der officiöse Berliner Korrespondent der Schlesischen Zeitung entgegen. „Bismarck's Bemerkung“, schreibt er, „war eigentlich rein historisch. Auch möchte Niemand glauben, daß Oesterreich jetzt wieder Kom eine Unterstützung gewähren wolle, wenn auch die neuliche telegraphische Meldung, nach welcher das Oesterreichische Ministerium den Alerus der altkatholischen Geistlichen die Anerkennung verweigert habe, allerdings auffällig erschienen war. Oesterreich würde mit einer solchen Allianz einen enormen Rückschritt vollziehen und sich seiner besten Kräfte berauben.“

Der Pariser Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ schreibt unter dem 8. d.: „Die Bonapartisten sollen wirklich die Absicht haben, Bazaine in dem bisherigen Wahlkreise Cont's aufzustellen. Seine Kandidatur könnte in diesem Falle mit seiner Ausrückung durch ein Kriegsgericht zusammenfallen. Dem Marschall ist bereits von der Enquete-Kommission aufgegeben worden, vorerst Paris nicht zu verlassen. Er soll in seinem Hotel Avenue de Jena sogar bewacht werden. Die Delegation des Municipalrathes von Metz, deren Vernehmung nicht weniger als sieben Stunden dauerte, hat die Ueberzeugung mitgenommen, daß die Mehrheit der Kommission dem Marschall nicht günstig gestimmt sei. Unter den Aussagen der Bewohner von Metz soll die Kommission durch diejenige des Herrn Bedin am meisten überrascht gewesen sein. Herr Bedin, welcher Fruchthändler ist, hat die Getreide- und Fourage-Vorräthe in den nicht von den Deutschen besetzten Distrikten aufzuehmen lassen. Ein großer Theil dieser später zerstörten

Vorräthe hätte getretet werden können, wenn das Oberkommando nur die oberflächlichsten Anordnungen getroffen haben würde. Um seine Aufstellung zu kontrolliren, hat er mit denselben die Entschädigungen verglichen, welche von den Deutschen an die betreffenden Besitzer bezahlt worden sind. Die auf diese Weise zu Grunde gegangenen Nahrungsmittel waren überaus bedeutend. Die Sache erklärt sich, wenn man erwägt, daß viele Bauern der weiteren Umgegend ihre Vorräthe in diejenigen Orte geschickt hatten, welche direct unter dem Schutze des Forts standen. Zu Ehren der Regier-Deputation wird im Cercle republican ein Diner stattfinden.“

Die „Opinion Nationale“ schreibt: Die Kaiserin Eugenie hat, wie man versichert, Herrn Janvier de la Motte ein Telegramm übersandt, in welchem sie ihn über seine Freisprechung beglückwünscht und die Freude beschreibt, die man in Ghiesburch beim Empfange dieser Nachricht hatte. „Diese kleine Begebenheit“, sagt das angeführte Blatt, „hat ihre Bedeutung, wenn man sie als Moral des Proceßes von Rouen betrachtet will; es ist ein Zug, in welchem sich die ganze Dehnbarkeit des Gewissens spiegelt, durch welches sich das Regime auszeichnet, welches und in unsere jetzige Lage versetzt hat.“

Aus dem ungarischen Reichstage.

Peft, 11. März. Präsident Comfisch eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr Vormittags. Haus und Gallerie waren wieder überfüllt. Die Minister sind sämmtlich erschienen.

Nach Eröffnung der üblichen Formalitäten zeigt Präsident an, daß die Erben des Abgeordneten Ignaz Ghiczy, dessen aus 20,000 Bänden bestehende Bibliothek dem Abgeordnetenhaus spendeten. (Lebhafter Beifall und Gesen von allen Seiten des Hauses.) Der Präsident beantragt, diese Zustimmung nicht der Petitionskommission, sondern dem Bibliotheksausschusse zu gewähren, damit dieser die nötigen Verfügungen zur Uebernahme des Beschlusses treffen. Das Haus aber möge in Anbetracht der Seltenheit einer so hochherzigen patriotischen That den Ghiczy'schen Erben seinen Dank protokollarisch ausdrücken. (Lebhafter Beifall.)

Thomas Pöchy beantragt, die Zuschrift der Ghiczy'schen Erben möge verlesen werden. Dies geschieht. In der Zuschrift heißt es, weiland Ignaz Ghiczy habe bei Lebzeiten stets gewünscht, daß er seine werthvolle Bibliothek öffentlichen Zwecken zu widmen wünsche. Die Erben glauben, diesem Wunsche besser nachkommen zu können, als indem sie sich erlauben, die Bibliothek dem Abgeordnetenhaus anzubieten. Nur bitten sie, daß jeder Band mit einem Stempel versehen werde, welcher den Namen Ignaz Ghiczy enthält.

Bela Perczel beantragt, der Dank des Hause möge nicht bloß protokollarisch ausgedrückt, sondern auch durch den Präsidenten den Spenden mitgetheilt werden. (Beifall.)

Die Anträge des Präsidenten und Perczels werden einstimmig angenommen.

Paul Daniel überreicht ein Gesuch der Stadt Beckereck, welche bittet, daß das Haus den Gesuchentwurf über den Ausbau der Groß-Beckereck-Rikinda-Pancsovar Eisenbahn noch in dieser Session berathe und ermögliche, daß derselbe zum Gesetze erhoben werde. Der Einreichende wünscht, daß das Gesuch dem Petitionsausschusse zur präferirten Verhandlung zugewiesen werde. — Geschieht.

Sabbas Lukovics bringt einen von zwölf Abgeordneten unterschriebenen Beschlugsantrag ein, wonach das Haus den Minister anweise, unter provisorischer Ausrückung der festgestellten Tagesordnung sofort den Gesuchentwurf über den Ausbau der Beckereck-Rikinda-Pancsovar Bahn so einzureichen, daß derselbe noch in dieser Session zum Gesetze erhoben werden könne.

Genilleton.

Die Zerstörung von Schemacha.

Es mag wohl nur Furcht vor den Qualen des Tantalus gewesen sein, was die Priester des Alterthums bestimmet, ihre Weisheit vor dem Volke verborgen zu halten. Die heutigen Priester der Wissenschaft aber verrathen, wie des Tmolos Sohn, die an der Göttertafel erlauchten Geheimnisse. Doch hier wird der Mythos zur Wahrheit: sie bußen wie Tantalus und vermögen das scheinbar zunächst Liegende nicht zu erfassen. Sie berechnen die Bewegungen von Planeten und Sonnen, aber die Ergründung dessen, was die Erdoberfläche bewegt, scheint ihnen versagt; sie durchleuchten mit dem Lichtstrahl in der Hand die unermesslichen Räume des Weltalls und sind nicht im Stande, sich dem Geheimnisse des bligenden Vulcanus zu nähern. Wie Israel vor dem Berge Sinai, so stehen wir heute noch vor dem rauchumwölkten Mytherium, auf Moses harrend, der uns „das Gesetz“ bringen soll. Aber „Moses verzögert zu kommen.“

Soweit die historischen Erinnerungen der Menschheit zurückreichen, begegnen uns die Spuren unausgesetzter Reactionen des Erdinnern gegen die Oberfläche.“ So läßt Plato die der Mythenzeit angehörige Insel Atlantis durch ein Erdbeben versinken; Diodor Siculus erzählt, von einem See Triton, in der Nähe der Argonen, mit einer großen, von Amazonen bewohnten Insel, welche nach einem heftigen Erdbeben verschwand. Der Lago di Biva in Mittel-Italien (lacus Cimini) soll, wie Am. Marcellinus und Andere berichten, an der Stelle entstanden sein, wo durch ein Erdbeben die Stadt Salunum versank. Der Untergang von Helice und Bura am Meerbusen von Korinth (373 vor Chr.), das Schicksal von Herculanium und Pompeji (79 nach Chr.), eine Reihe von Katastrophen der späteren Jahrhunderte, vor Allem aber die Spuren vorhistorischer Vulcanane in unseren Breiten weisen darauf hin, daß dasjenige, was zu allen Zeiten als Sinnbild der Stetigkeit und Unveränderlichkeit gegolten,

„der Erde Grund“, in Wahrheit vergleichbar sei der nie ruhenden, oft aber zu furchtbarem Sturme sich erhebenden Woge des Meeres.

Scheinen gleich heutzutage diese Verderben bringenden Zuckungen der Mutter Erde im Ermatten begriffen, so fehlt es doch auch der neuesten Zeit nicht an Ereignissen, welche noch lebhaft an die Thaten des Pluto, Vulcanus und des erdbeberstürzenden Poseidon gemahnen.

In einer wundervollen Gebirgsgegend südlich vom Kaukasus, an der Hauptstraße, welche von der Küstenstadt Batu (am kaspiischen Meere) nach Tiflis führt, liegt oder lag noch vor dem 28. Januar d. J. die industriereiche Stadt Schemacha. Einst Hauptstadt des alten Khanates Schirwan und durch ein zerstörendes Erdbeben im Jahre 1859 zu einer Kreisstadt des neuen Gouvernements Batu herabgesunken, blieb sie gleichwohl der volkreichste Ort des Gouvernements und zählte vor zehn Jahren 25,148 Einwohner, die sich meist von der Seiden-Industrie nähren. Schon im 17. Jahrhundert finden wir eine Gesandtschaft von Kaufleuten aus Hamburg — darunter den Dichter Paul Fleming — auf der Reise nach Schemacha, um dort Handelsverbindungen anzuknüpfen.

Dieser industrielle Bedeutung der Stadt ist es zu verdanken, wenn über die störmische Thätigkeit der Erdrinde von Schemacha häufigere und genauere Nachrichten einliefen, als von irgend einem anderen Orte der südkaucasischen Länder. Es ist nicht zu verkennen, daß die Stadt und ihre Umgebung über einem Erdbebenherde liegt, der zu den gefährlichsten des westlichen Asiens gehört.

Im Jahre 1859 waren die vulcanischen Kräfte der Erde besonders erregt. Am 21. Januar, während einer Ausbruchperiode des Vesuvius, wurde die Stadt Erzerum durch ein furchtbares Erdbeben verwüstet, welches über zweihundert Menschen das Leben kostete. An dem nämlichen Tage wurden in ganz Ober-Italien und in mehreren Comitaten Ungarns stärkere Erderschütterungen verspürt. Am 23. Januar fand ein Ausbruch des großen Vulcanus Mouna-Koa auf Hawaii statt. Am 22. März wurde die Stadt Nuito durch ein Erdbeben zerstört und an dem folgenden Tage Dschidjelli in Algerien heftig erschüttert. Am 2. Juni wurde Erzerum abermals zerstört. Am 11. Juni, um 4 Uhr Nachmittags, erfolgte in

Schemacha ein Erdstoß, der im Zeitraume von 1 1/2 Minuten die Stadt furchtbar verwüstete. Kurz vorher noch im Schmucke der Paläste und Gärten prangend, glich sie nun urplötzlich einem Haufen durcheinandergewürfelter Trümmer. Während der ganzen folgenden Nacht wachte sich Niemand in die Häuser, umweniger, als eine halbe Stunde nach dem ersten starken Stoße ein anderer gefolgt war.

Später kam noch ein dritter, und noch während der Nacht waren Schwankungen des Bodens, sowie leichte Stöße bemerkbar. Am 12. Juni, um 7 Uhr Morgens, erfolgte wieder ein sehr heftiger Stoß, der die Zerstörung noch allgemeiner machte. Schwächere Stöße dauerten bis zum 15. fort. Nun hatte die Stadt einige Zeit Ruhe. Am 14. Dezember 1863 verspürte man wieder eine ziemlich starke Erschütterung in Schemacha. Am 30. Juli 1866, nach dem Erdbeben von St. Jago (26. Juli), hatte auf dem Berge Dejnch, nicht ganz 6 Meilen südwestlich von Schemacha, ein vulcanischer Ausbruch statt, mit dem jedoch kein Erdbeben verbunden war. Am 23. März 1867 wurde Turkistan, am 26. Tiflis und Erzerum gleichzeitig mit Tuschend (Turkistan) und Irkutsk (Sibirien) heftig erschüttert. Doch Schemacha blieb noch unberührt.

Am 11. Juli 1867, einen Tag nach der Erschütterung in St. Jago und gleichzeitig mit dem Beben in Telaw und Tiflis, wurde Schemacha schon so heftig erschüttert, daß Gefährte von den Schranken herunterstürzten. Dieses Beben trat eine halbe Stunde später auch in Goltischei, 12 Meilen von Schemacha, ein. Am 21. August 1869, um 3 Uhr 4 Minuten Nachmittags, aber fand zu Schemacha eine Erschütterung statt, welche zu den heftigsten und zerstörerischen gezählt wird, die je in den Kaukasus heimgesucht. Der größte Theil der Stadt wurde in einen Schutthaufen verwandelt. Dasselbe Los theilte das drei Meilen entfernte Dorf Sumbi. Man will kurz vor dem Hauptstoße in der ganzen Gegend unterirdische Detonationen mit donnerähnlichem Gebrüll, sowie in der Luft starken Knoblauchgeruch wahrgenommen haben. Das Wasser der Brunnen wurde trüb und schlammig. Die Bewegung des Bodens war nicht nach einer einzigen Richtung hin erfolgt, sondern es ließen sich Durchkreuzungen der Erdbebenwellen und rein verticale Stöße deutlich beobachten.

Der Antrag wird in Druck gelegt und vertheilt werden. Adam Lajó interpellirt den Justizminister in Betreff der angeblich wickeligen Interpretation jener gesetzlichen Bestimmungen, welche hinsichtlich der Vertheilung von Strafbüßen getroffen ist.

Referent des händigen Petitionsauschusses Paul Orbódy berichtet, daß der Ausschuss den Abgeordneten von Großfürst, Friedrich Schöner, mit Vorbehalt des dreißigtägigen Termines zur Einbringung von Protesten gegen seine Wahl verweigert habe. Derselbe wird in die dritte Section eingereicht.

Das Haus geht zur Tagesordnung über, auf welcher die Verhandlung über den Antrag steht, den Graf Julius Szapáry in der Nacht vom Donnerstag auf den Freitag eingebracht und Albert Németh sich angeeignet hat. Der Antrag geht befänglich dahin, daß das Haus gemöhnlich von 10 bis 6 Uhr und wenn die Sectionen tagen, von 10 bis 3 Uhr Sitzung halte.

Albert Németh nimmt das Wort, um zum Gegenstande zu sprechen. Er erklärt die große Wichtigkeit der Abschaffung des Schankergals. Die Wichtigkeit wurde auch von vielen Abgeordneten erkannt, denn gegen zwölf derselben haben Beschlußanträge und selbst fertige Gesetzentwürfe in dieser Angelegenheit eingebracht. Németh selbst hat in jeder Session einen Beschlußantrag in dieser Richtung eingebracht und erneuert, den er vorliest.

Präsident: Als ich den Herrn Abgeordneten das Wort erteilte, that ich dies in der Voraussetzung, daß er zur Sache sprechen und hierüber eine wissenschaftliche Verhandlung machen würde. Denn sonst hat er kein Recht auf das Wort, da er in der Nachmittags-Sitzung schon einmal zum Antrag gesprochen hat und nicht das Recht besitzt, zweimal in derselben Frage das Wort zu ergreifen.

Albert Németh: Ich bitte um Entschuldig. In der Nachmittags-Sitzung habe ich schon über den Antrag gesprochen, welcher davon handelt, daß die Landtags-Sitzung bis 11 Uhr währen soll. Den zweiten Theil des Antrages bezieht sich auf die Verhandlung auf die Tagesordnung gesetzt ist, nämlich die große Wichtigkeit der Regalienabschaffung. Ich habe mich schon vom Präsidenten nochmals ausgesprochen, sich an die Sache zu halten. Ich halte es endlich auch noch die anderen Abgeordneten, die diese Sitzung noch in dieser Session wünschenswert sei und die Nothwendigkeit ab, den Sitzungen eine längere Zeit zu widmen.

Den Antrag hat er jedoch in der Sitzung Szapáry's nicht angenommen. Denn wenn das Haus nur acht Stunden hintereinander beisammen ist, so wird es so beschaffen, daß es den andern Tag zu abgeben ist, als daß es sich erheben könnte. Dies haben wir auch bei der jüngsten Sitzung gesehen. Deshalb modificirt Németh den Antrag dahin, daß die Sitzungen täglich von 10 bis 2 und von 5 bis 8 Uhr stattfinden.

Josef Justich acceptirt den Antrag in dieser Modification. Ernst Simonovics befragt sich über die schlechte Ventilation des Hauses und drückt sich auf den Wunsch des Arztes Dr. Patrubán, daß lange Sitzungen der Gesundheit der Abgeordneten schaden. Al' das muß das Haus nur erdulden, weil die Regierung mit ihrer unglücklichen Halsstarrigkeit darauf beharrt, den Wahlgesetzentwurf aufrecht zu erhalten.

Die Partei, der der Redner angehört, hat der Regierung offen und entschieden erklärt, daß sie auf Grund der Geschäftsordnung auf allen Kräften verfaßt, daß man den Gesetzentwurf zum Gesetz erhebe. Sie war jedoch bereit, die ertheilten Waffen nicht zu benutzen, wenn die Regierung nur einige Punkte modificiren will. Die Regierung ging jedoch auf diesen Antrag nicht ein. Der Gesetzentwurf kann nicht angenommen werden, denn er ist eine Verschärfung des Wahlrechtes und das ganze Land erhebt sich gegen denselben, wie die lange Reihe von Petitionen beweist, die gegen den Gesetzentwurf von Jurisdiktionen, Gemeinden und Bürgern einlaufen. Die Regierung ist auch bei der Einreichung des Gesetzentwurfes sehr infortis und unparlamentarisch vorgegangen.

Ein so wichtiger Gesetzentwurf wurde nur von einem Minister eingereicht, unterschrieben, vertheidigt, nur ein Minister knüpfte sein Vortreffliche daran. Vom Präsidenten zweimal aufgefordert, sich an die Sache zu halten, da man im Sinne der Geschäftsordnung jetzt nicht über den Wahlgesetzentwurf sprechen könne, sondern nur über den auf der Tagesordnung stehenden Antrag, erklärt Németh endlich, daß er zwar gerne

Am 9. März 1870 wurde in Schemacha wieder eine bedeutende Erschütterung verspürt, welcher ein unterirdisches Getöse von fünf Sekunden Dauer vorausging.

Vom 5. bis 7. Juli 1870 haben im Kaukasus heftige Erschütterungen stattgefunden und alle Telegraphen-Linien beschädigt. Das Kabel des indo-englischen Telegraphen ist am 7. in Folge einer großen Erschütterung des Bodens auf der Küste des Schwarzen Meeres in der Nähe von Sachum Ralek zerrissen worden.

Am 28. Januar 1872 endlich wurde Schemacha durch anhaltende Erdbeben fast vollständig zerstört, nur wenige Häuser stehen noch: 118 Menschen kamen ums Leben, 44 erlitten schwere Beschädigungen.

Dies ist die traurige Folge der letzten 20 Jahre einer Stadt, die allgemein Gegenstand des Wunders, von Reisenden aber auch ein Object wissenschaftlicher Forschungen geworden ist. In den vorigen Jahren hat eine Mittelmeer-See ein furchtbares Uebel über die Gegend herabgelassen, die Conferenzen der europäischen Grenzschutts-Commissionen zu Wien bedeutendes Interesse erregt. Es wurde dann über das Verhalten des Fensels auf der West- und Südseite des Kaukasus berichtet, und zwar nach den genauen astronomisch-geodätischen Arbeiten des kaiserlich russischen Obersten Studnicki. Auf der Nordseite des Kaukasus zeigte sich eine Fenselablängung, welche der kochenden Massenanziehung des Gebirges vollkommen entspricht; allein in Schemacha, wo die Rollenung theoretisch 28 Sekunden betragen sollte, wird sie statt dessen negativ, was nur durch einen hohen Raum im Gebirge, durch eine tief in dasselbe eingreifende Spalte erklärt werden kann.

Ähnliche Resultate, wenn auch nicht in so auffallendem Maße, erhielt man am Himmelsberg, am Chimborazo und in den Pyrenäen.

Durch diese Thatsachen werden zu nächst jene Anschauungen gerechtfertigt, welche die kristallinischen Gebirge als Erhebungen aus Spalten betrachten. Allein wir kommen noch um einen Schritt weiter. Die hervorragend vulcanische Natur dieses Spaltengebietes, wie dasjenige der Corvilleren und Pyrenäen, läßt uns einen tieferen Blick in das Wesen des Vulcanismus selbst machen. Betrachten wir die Zeiten, in welche die oben erwähnten Erschütterungen fielen, so drängt sich uns die Ueberzeugung auf, daß darin ein gewisser Zusammenhang mit den Stellungen der Sonne und des Mondes ersichtlich ist, in derselben Weise, wie er in Rudolf Gal's „Grundzüge zu einer Theorie der Erdbeben und Vulcanausbrüche“ (Graz 1869) näher auseinander gesetzt wurde.

Heute traf das furchtbare Erdbeben Schemacha, welche Stadt kommt morgen an die Reihe? Wir wissen es nicht; aber das Eine wissen wir, daß mit dem grauenvollsten aller Elementargeister der Menschengeist den Kampf aufnimmt. Der Wohnsitz jenes Geistes ist das Innere der Erde, und kann auch diesem so wenig als den fernem Himmelsräumen der Fuß des Menschen nahen — seine Gedanken hemmt diese Schranke nicht.

Alles thue, was seine schwache Gesundheit ihm nur gestatte, um die Bürger vor dem Raub an ihrem Rechte zu schützen, daß er jedoch in eine Verlängerung der bisherigen Sitzungsdauer nicht einwilligen könne. Er nimmt daher den Antrag Németh's nicht an.

Alexander Almásy bringt folgenden Beschlußantrag ein: „Das Haus entsende einen aus fünf Mitgliedern bestehenden Ausschuss, welcher mit Vermehrung von Sachwännern einen gutdächlichen Bericht darüber zu erstatten hat, ob und inwiefern die langen Sitzungen der Gesundheit der Abgeordneten schaden. Bis dahin aber sollen die Sitzungen von 10 bis 2 Uhr dauern.“ (Heiterkeit.)

Karl Dobódy spricht für den Antrag Almásy's und äußert, acht Tage lang bios von der Tagesordnung und der Sitzungsdauer zu sprechen, sei eine Komödie, die der Würde des Hauses nur schaden kann. (Rufe von der Rechten: So ist's!) Allein trotzdem kann Németh sich nicht entschließen, zur Verkürzung dieser Debatte mitzuwirken, denn er will, daß der rechtsberaubende Gesetzentwurf erledigt werde.

In gleichem Sinne spricht auch Madarász. Koloman Tisza kennt nur zwei Wege, um dem Dilemma zu entkommen, in dem das Haus sich augenblicklich befindet. Die Regierung willigt entweder herein, Parallelsitzungen zu halten, in denen die etwaeigen Reformgesetze verhandelt werden, oder sie zieht das Wahlgesetz und jenes über die Mandatdauer zurück. Ein Drittes gibt es nicht.

Minister des Innern Wilhelm Lotz: Die Vorschläge Tisza's bilden eigentlich nur einen Vorschlag, nämlich den, daß sich die Majorität der Minorität ergebe. Eine solche Rücksicht zu begeben aber hat die Majorität keine Lust. Jetzt ist diese Frage nicht mehr die Angelegenheit der Regierung, sondern die des europäischen Parlamentarismus. (Lebhafter Beifall.) Die Regierung aber wird nie dazu beitragen, den Parlamentarismus vor Europa zu compromittiren. (Stürmischer Beifall rechts.)

Nachdem nun noch Giffly und Szalkácsy gesprochen, wird die Sitzung um 3 Uhr geschlossen. Für morgen sind für den Németh'schen Antrag noch 16 Redner vorgemerkt.

Vorstellung

der Großfürstlichen Stuhlversammlung betreffend die Führung des Stuhlversammlungs-Protokolles in der ungarischen Sprache.

Hohes k. ung. Ministerium des Innern! Das hochlöbliche National-Comitair hat der gehoramt fertigen Stuhl-Communität mittelst Erlaß vom 8. und 9. Juni und 3. Juli v. J. mit Beziehung auf Erlaße des h. k. ung. Ministeriums des Innern vom 1. April, Z. 6906, vom 3. Juni, Z. 9703 und vom 22. Juni, Z. 15,028 ex 1871 zur Pflicht gemacht, die Stuhlversammlungsprotokolle nach Weisung des 44. O. A. ex 1868 „in ungarischer Sprache zu verfaßen“ und binnen 14 Tagen nach abgehaltener Versammlung verfaßt einzuwenden, mit dem Beifügen, daß die hohe k. ung. Regierung im entgegengekehrten Falle sich zu schärferen Maßregeln genöthigt sehen werde, indem sie eine Verletzung des Gesetzes hinfort unter keinem Vorwande weiter dulden könne. Wenn nun die gehoramt fertige Stuhl-Communität einem hohen k. ung. Ministerium des Innern in dieser Angelegenheit ihre Ansicht darzulegen sich unterfängt, so können es nur Gründe der wichtigsten Art sein, die sie zu solcher Darlegung zwingen.

Was zunächst die bisherige Verfassung der Stuhlversammlungsprotokolle in deutscher Sprache anbetrifft, so kann diese Communität darin eine Verletzung des Gesetzes nicht erblicken, da der 44. O. A. vom Jahre 1868 ausdrücklich sagt: die Protokolle „können nebstbei auch in allen jenen Sprachen gefaßt werden, welche wenigstens durch den fünften Theil der die Jurisdiction vertretenden Körperschaft oder Commission als Protokollsprache verlangt wird.“

Mit Ausnahme von 6 rumänischen Abgeordneten gehören nun alle Mitglieder der Schenker Stuhl-Communität der sächsischen Nation an. Es ist somit die Führung der Protokolle in deutscher Sprache gesetzlich vollkommen begründet.

Das Gesetz verlangt nun allerdings auch, daß die Protokolle der Jurisdiktionen in der amtlichen Sprache des Staates gefaßt werden.“ Inwiefern dieses nun bisher nicht geschehen, ist das Gesetz allerdings nicht vollständig erfüllt worden.

Wenn aber die hohe k. ung. Regierung fordert, daß die Stuhlversammlungsprotokolle auch in magyarischer Sprache verfaßt werden, so ist sie vollkommen in ihrem Rechte, und die buchstäbliche Erfüllung des Gesetzes auch nach dieser Richtung gehört nicht zu den absoluten Unmöglichkeitkeiten, wenn nämlich nur dieses verlangt wird, daß die Protokolle auch in magyarischer Uebersetzung beigegeben werden; denn einen Translator wird diese Communität, wenn auch nicht in ihrer Mitte, so doch unter dem Personale des Stuhlammtes schon finden können.

Eine ganz andere Frage ist es aber, was für eine Bedeutung man diesen magyarischen Uebersetzungen beilegt und zu den absoluten Unmöglichkeitkeiten gehört es, wenn verlangt wird, wie dies in dem Comitairerlaß vom 8. Juni, Z. 50018 geschieht, es sollen diese magyarischen Uebersetzungen von der Stuhlversammlung verfaßt werden.

Die Abgeordneten zur Stuhlversammlung haben bei Ueberrahme ihrer Abgeordnetenstelle dem feierlichen Eid abgelegt: „Er. Maj. und apost. kön. Majestät wie allen aus allerh. dessen Stamm und Geblüt nachfolgenden Erben unverbrüchliche Treue und Gehorsam zu leisten, die bestehenden Gesetze streng zu befolgen, die Verfassung des Reiches fest zu halten, mit aller Hingebung für das Wohl dieses Stuhles und seiner Bewohner zu wirken, das gemeine Beste nach allen Kräften und Fähigkeiten mit Hinzusetzung persönlicher Vortheile und mit allem Eifer zu befördern und die gesetzmäßigen Rechte der Stuhlabgehörigen unangetastet treu und rechts zu wahren.“

Die Verantwortung, welche die Stuhlabgeordneten durch diesen Eid übernommen haben, ist also eine doppelte, einerseits nach oben gegen das Staatsoberhaupt und die Regierung andererseits nach unten gegen ihre Committenten.

Eine solche Verantwortung kann und darf die Stuhlversammlung nur übernehmen gegenüber Beschlüssen, welche in einer ihr vollkommen, nach Form und Inhalt verständlichen Sprache abgefaßt sind. Und da diese Stuhlversammlung in ihrer Gesamtheit wie in ihren einzelnen Mitgliedern der magyarischen Sprache in dem angegebenen Grade nicht mächtig ist, so kann sie sich auch nur dem deutschen Protokolle gegenüber verantworten.

Aus ebendenselben Grunde ist es absolut unmöglich, daß das in magyarischer Sprache verfaßte Protokoll von der Stuhlversammlung verfaßt wird.

Sollte jedoch die hohe Regierung, wie solches die Comitair-Erlaße vom 8. und 9. Juni l. J., Z. 403 und 712 ex 1871 befehlen lassen, mit Anwendung „schärferer Maßregeln“ die buchstäbliche Befolgung des 44. O. A. von 1868 durchzuführen und von dieser Stuhlversammlung die Vorlegung magyarischer Verhandlungsprotokolle „in verfaßtem Zustande“ unbedingt fordern wollen, so hieße das, abgesehen davon, daß kein gewisserhafter Staatsbürger die Verantwortung für ein ihm völlig unverständliches Protokoll übernehmen könnte, die Stuhlversammlung zur äußeren Erfüllung eines Gesetzes zwingen, dagegen dieselbe zu gleicher Zeit der Verpflichtung ihres Eides bezüglich aller ihrer Beschlüsse entbinden.

Do aber hiernach die Ächtung der Gesetz- und der Verfassung mehr gefährdet oder untergraben würde, ob ein wahrhaft konstitutionelles Leben welches die hohe k. ung. Regierung auf ihre Fahne geschrieben, zur Wahrheit würde oder bloße Täuschung sei, diese Frage dürfte sich einer ersten Erwägung kaum entziehen können.

Angesichts der angebrochen „schärferen Maßregeln“ ist natürlich die gehoramt fertige Stuhl-Communität auf das Aeußerste gefaßt, doch hielt sie sich, weil ihr an einem wahrhaft konstitutionellen Leben viel gelegen ist, in ihrem Gewissen verhaftet, diese ihr beabsichtigten Bedenken einem hohen k. ung. Ministerium des Innern vertrauensvoll darzulegen. Großfürst, 30. Januar 1872.

Inland.

Wiener, 11. März. (O. R.) Wir leben Märztag. Dies wiederholt der biederliche und diesmal augenblicklich von der Fantasie weit genug fortgerissene Politiker Jotai in allen Ansprüchen, zu denen ihm der große Landestag der Linken mit seinen diversen Demonstrationen Gelegenheit bietet. Dieser Landestag ist gestern ganz programmgemäß abgelaufen. Die heute ausgegebenen Extrablätter der Linken gel'hten sich außerordentlich beliebt von der so „impopulanten“ Rundgebung des Reichstages für die Politik der Reichstags-Opposition. Von den Blättern der Deakpartei hat nur „Pesti Naplo“ ein Montagblatt sich kosten lassen, worin er sich mit lächerlicher Objektivität verhält.

Die Landesversammlung der Linken hat die Programmpunkte, worauf dieselbe bei den nächsten Wahlen in der bisherigen Gestalt auftreten soll und die Aktion einigemäßig vorgezogen wird, ebenso ein Besuch an den Reichstag um Vertheilung des Wahlgesetzes acceptirt; sie hat konstatirt, daß die Linke zu keiner Zeit unter der Führung der äußersten Linken (radikalisch) faulow, aber diese Fuston grundsätzlich und unbedingt auszusprechen für schädlich erachtet; und sie hat erklärt, was die Verhandlungen, richtige die ärztlichen Vorgehen im Abgeordnetenhanse schon klar gemacht haben, daß die sogenannte gemäßigete Linke und selbst Koloman Ohlgy mit den äußersten Fuston solidarisirt verantwortlich sind für die ungeschickliche, höchst unglückliche parlamentarische Redefreiheit die parlamentarische Bewegung unter die Wünsche der Minderheit zwingen zu müssen.

Bei den Banketten, welche die Menge der Teilnehmer mußte in zwei Lokalen barock, wurde die in 14 Gruppen vertheilten durch Deputationen — jeder ein Mitglied nach Turin telegraphirten Loathe auf Koffen. Die Gruppe, die aus den Tisza'stischen und den Eisenbürgern bestand, debattirte mit Jotai auf dessen in seine Gruppe zunächst berichtig, für die von Ungarn die Königs für den größten Ungar Koffath. Der Fuston, die die Reichstags-Opposition gebracht wurde und der bei dem Hofe zur Abfertigung von England vorkam, ist nach der Erklärung von Augenzeugen um die hochgepannte Erwartung angefallen. Bei dergleichen pläzt die Zeitung so, während die Bicarufen auf diverse Lieblinge sich fortzubewegen. Man verfaßt, daß gestern Abend der Name des Mannes in Turin nicht sein die Herr Ohlgy und Tisza abließ. Von Vorkommnissen gegen die Verhandlungen ist wenig bemerkt worden. Nach Ablauf des Ganzen zog eine Schwadron Uhlanen durch die Stadt, und „Hon“ sagt pliert, ob sie zur Aufrechterhaltung der „Gefährdet“ erachteten öffentlich Ruhe stimmten gemeinen? Die Frage wird sich wohl selbst beantworten; so sehr die Loyalität des Parteikampfes betonen wird, so vertheilt es sich, daß bei den in den letzten Tagen im Abgeordnetenhanse gemachten Erfahrungen die allerdings „so sociale Leben noch nicht tief eingedrungene Aufregung nicht ganz unbedeutend bleiben kann. Jedenfalls ist zu hoffen, daß die Citation der Märztag bleibt, was sie ist: Wraze.

In Abgeordnetenhanse wird das „Lobreden“ weiter prakticirt. Zur Unterbrechung der Monotonie ließ die äußerste Linke einmal Koffath hoch leben. Dem nochmaligen Anbete Koloman Tisza gegenüber, Parallelsitzungen zu halten, betonte der Minister des Innern, daß dies auf das Nämliche, die verlangte Kapitulation der Mehrheit herauskomme, diese einzugehen sei man aber gar nicht in der Lage, weil es sich um den ganzen europäischen Parlamentarismus handelt, den man aus den Angeln zu heben hier nicht das Beispiel geben könne. Einer hielt eine nach Stil und Vortrag augenscheinlich auf die häuerlichen Jubler berechnete Rede; nur waren diese von der Galerie längst fort und die Rechte mußte sie verdauen. Derselbe Redner hat den Minister des Innern sich zu opern und abzudanken.

Die Sitzung schließt, ohne daß die Debatte von der Stelle gerückt wäre.

Wiener, 11. März. Naplo schreibt: Die Gerüchte über türkische Heeresbewegungen an der montenegrinischen Grenze sind vollkommen unbegründet, ebenso Alles, was von schlechten Beziehungen zwischen der Florie und Montenegro geschrieben wird. Die Szentkiraly'sche Reformpartei hat sich mit den Deakisten vereinigt.

Wiener, 11. März. In den politischen Sotiden, die nun regelmäßig bei Vespaz stattfinden, sowie im Deak-Club wird die Lage fortwährend besprochen. Die wichtigsten Gründe sind dafür vorhanden, der Comödie bald ein Ende zu machen und den Reichstag aufzulösen. Es handelt sich nunmehr nur noch um die Zeit. Die Sache ist so viel wie beschlossen. Das Ministerium erhält fortwährend Beweise des Vertrauens; es besitzt plein pouvoir von der Partei. Der Vorschlag eines Reichstages ad hoc findet wenig Anklang.

Wiener, 12. März. Die Trenski-Affaire ist endlich entschieden worden. Derselbe Trenski wurde seiner Stelle als Obergepan des Bellovarer Comitates enthoben und kommt als Sectionsrath ins ungarische Honved-Ministerium. Das Bellovarer Comitair wurde von dem Grenz-Commissariat ausgeschieden und der croatischen Landbestregung unterstellt, demnach schon der Landesverwaltung einverleibt. Die croatischen Wahlen werden noch im März ausgeführt werden, die Vorarbeiten sind beinahe beendet. Bakoovich sorgt für eine namhafte Verfaßung der Regierungspartei.

Wiener, 12. März. (Orig. Corr.) Die gestrige Sitzung des Verfassungsausschusses gab ein wahrhaft läglisches Bild von der ganzen gairigen Ausgleichsmacher. Noch ist man immer nicht bei der Intarissirungsfrage und schon scheint Alles in die Brüche gehen zu wollen. Die Quotenfrage ist ein schwerer Stein der Anstos, über den die Verhandlungen wahrscheinlich keine hinweg kommen werden. Schon im Subcomitair konnte keine Einigung erzielt werden, so daß dem Verfassungsausschusse vier, nämlich ein Majoritäts- und drei Minoritäts-Anträge vorlagen. Von allen diesen wurde keine mit absoluter Majorität angenommen, denn die Stimmen der 26 Anstufungstheoretiker hatten sich darauf vertheilt, daß der Antrag Reichthaus zwar die meisten, aber immerhin nur 12 Stimmen erhielt. Das ist ein schlimm 8 Resultat, denn es beweist, wie uneinig die Verfassungspartei selbst über den Ausgleich ist und die höchst wichtige Frage Großfürst's: „In welchem Grade soll man weiter zusammenkommen?“ — scheint nicht ganz unangewandelt. Freilich meinte der Obmann des Ausschusses mit der Ablehnung sämtlicher Anträge sei der Ausgleich noch nicht als geschlossen zu betrachten und bereit auch auf morgen Abend wieder eine Sitzung ein, allein viele Abgeordnete glauben, daß dies nicht der Schlußact des ganzen Ausgleichs werden könne, indem sich die verschiedenen Meinungen immer divergirender gestalten. — Verhandlung für die Sitzung war überdies ein höchst unvorsichtiges Wort des Finanz-Ministers de Preit. Schon glaubte man Reichthaus' Antrag: daß Pauschale von 5 zu 5 Jahren nach dem Steuerertragnis zu reguliren, werde denn doch die Majorität erhalten, da sich die Regierung selbst damit einverstanden erklärte, da fuhr dem Minister, als er den Herrlichen Antrag beämpfte, das unglückliche Wort: „künftige ähnliche Fälle“ heraus, was in der Verfassungspartei den Verdacht wach rief, die Regierung trage sich mit noch anderweitigen Ausgleichsgedanken. Sofort wurde diesem Verdachte scharfer Ausdruck gegeben; Reichthaus erbaute, unter solchen Verhältnissen überhaupt einen Antrag gestellt zu haben, denn er perhorrescirt ihn

weiteren „unglücklichen“ seinem a da und k denken, r Vorwau Di ist vertin tagt, sei von neu durch bo i j wo man doch es den P In Besten des Kult dem gan Ausdruck namentlich sei, der t kannte, y ich aus s auf ihret lichen R gebeten u finigten u basir zur geblät t daß geit den Rie solcherna M rührung die Vera Reichthaus Relegat hier eing Grimach schloffen, B Laurenz Staatsin Reichsord tagung t dent vor Als sein D des Volk Reichthaus Regierung daß der Unterriß Der Antr wurde an R schloffen Huber an ihrem Be harr, un geschlossen. S Stimmen litionen e befrast. Deputirte liche Wit B lassen zu Der Pri getroffen aus So oden Ba jeßt kein B des Gen china on Note auf ab, um e findet lei B worin er halten a lomarion der Deca B interpellir terer erffe Wremem mung im bestanden fertige V er den S Frankreich Breußen bebt eini vor, der v Notte's ver sich Dufoure aber he t der Haupt Refra: je Kritik: je bereitem legamme geftern A fachte Be e e Beso egründet e Vertheilung mach r

weiteren Ausgleich; der Minister behauptete zwar, er habe nur einen unglücklichen Ausdruck gebraucht und die Regierung wolle ebenfalls von keinem anderen Ausgleich etwas wissen, allein das Ministerium war einmal da und der Antrag ist. — Ein Minister muß seine Worte gar wohl überlegen, wenn er öffentlich spricht. — Freiheit der Preß ist noch manchen Vorwurf über seine Unvorsichtigkeit zu hören bekommen!

Die feudalen Harkline haben eine neue Idee! — Das Budget ist vorliegend, der Reichsrath ist somit überflüssig, er wird zu Nichts nicht vertragen, sondern aufgelöst werden, und die allgemeine Ausgleichsaktion kann von neuem beginnen. — So verkünden ihre Organe und machen sich dadurch bodenlos lächerlich, daß diese Leute selbst an solchen Unsinne glauben, ja wo das Ministerium Auerberg fester denn je im Sattel sitzt, das kann man doch unmöglich annehmen. Was bezwecken sie also damit? Fast hat es den Anschein, als sei es ihnen um eine bloße Harkline zu thun.

In Sachen der Aikatholiken ist eine entschiedene Wendung zum Besseren in nächster Aussicht. Den üblen Einbruch, den der bekannte Erlaß des Kultusministers in allen liberalen Kreisen nicht nur Oesterreich, sondern ganz Europas hervorgerufen, und der in der Presse den lebhaftesten Ausdruck gefunden, ist nicht ohne Einwirkung auf die Regierung geblieben, namentlich aber der schwere Vorwurf, daß Oesterreich nun der einzige Staat sei, der durch diesen Akt, das Dogma von der Unfehlbarkeit offiziell anerkannt, hat seine Zukunft nicht verschleht und schon in kurzer Zeit sind, wie ich aus besten Quellen erfahre, Schritte zu erwarten, welche die Aikatholiken aus ihrer außerordentlichen Stellung befreien werden. In beinahe sämtlichen Kaffeehäusern Wiens liegen Petitionen an den Reichsrath auf, worin gebeten wird, dahin zu wirken, daß diese offene Frage einer gedeihlichen, freisinnigen Lösung zugeführt werde und die Bevölkerung dißhalb so wissen laßt, daß schon am ersten Tage mehrere Tausend Unterschriften gezählt wurden.

Wien, 12. März. Man telegraphirt der „Lagepr.“ aus Madrid, daß gestern Cañales über die Forderung im Republikanismus, dem König den Krieg zu erklären, erwiderte, diesen selbst niederschreiben zu wollen, der volkshemden die heilige republikanische Sache schände.

Wien, 12. März. Der Verfassungsausschuß setzt morgen die Verhandlung über die Inaristokratie fort. Die Regierung ist bemüht, die Beratungen möglichst zu fördern und wird hierbei namentlich von Reichsbauer kräftig unterstützt. Unter den Polen herrscht Rathlosigkeit.

Ausland.

Berlin, 11. März. Die vom Kaiser amnestirten französischen Kriegsgefangenen, welche in den Ostprovinzen internirt waren, sind gestern hier eingetroffen und wurden nach Genua befördert, um von da ihrer Heimath zugeführt zu werden. Von der Amnestie sind diejenigen ausgeschlossen, welche durch schlechte Ausführung derselben unwürdig erschienen.

Berlin, 11. März. Bismarck reiste heute nach Friedrichsruh in Lauenburg ab, von wo er frühestens in 14 Tagen zurückkehrt. — Das Staatsministerium beschloß seine Zustimmung zu den Hauptbeschlüssen der Kreisordnungs-Commission des Abgeordnetenhauses und dessen factische Verlegung mit 23. März bis nach der Reichstagsession. — Der Ober-Präsident von Schleswig-Holstein, Scheel-Wesfen, beabsichtigt zurückzutreten. Als sein Nachfolger wird der Abgeordnete Bennigsen genannt.

Dresden, 11. März. (Abgeordnetenversammlung.) Bei Verhandlung des Volksschulgesetzes wurde die Bestimmung, daß der Geistliche als solcher Direktschul-Inspector sei, abgelehnt und die Ernennung des Lehrers der Regierung anheimgestellt. Mit 83 gegen 32 Stimmen wurde der Antrag, daß der Geistliche als Organ der Kirchenaufsicht über den Religions-Unterricht an den Schulordnungs-Sitzungen theilnehmen solle, verworfen. Der Antrag auf Erweiterung des Gesetzes auch betreffs der höheren Schulen wurde angenommen.

Kaiserslautern, 10. März. Der heutigen psälischen Aikatholiken-Verammlung wohnten 3000 Personen beiderlei Geschlechts bei. Huber aus München und Reinkens aus Breslau hielten von enthusiastischem Beifalle begleitete Reden. Es fanden viele neue Einzelnungen statt, und wurde die Besichtigung des Aikatholiken-Congresses in Bonn beschlossen.

Haag, 9. März. Die zweite Kammer hat mit 37 gegen 34 Stimmen das Gesetz angenommen, welches das Verbot von Arbeiter-Coalitionen aufhebt, jeden Versuch aber, Andere an der Arbeit zu verhindern, bestrafte. Die Debatte über dieses Gesetz dauerte vier Tage. Mehrere Deputirte versuchten die Gefahren dieser Coalitionen und deren verberberliche Wirkungen in anderen Ländern, namentlich Frankreich, nachzuweisen.

Paris, 10. März. Die aus Versailles einlangenden Berichte lassen auf ein Compromiß bezüglich des Veranschaulichten Gesetzentwurfes hoffen. Der Prinz und die Prinzessin von Wales sind heute Morgens hier eingetroffen und werden einige Tage in Paris verweilen. Die Nachrichten aus Spanien constatiren die Thätigkeit der gegen die Regierung verbündeten Parteien der Carlisten, R. publiquen und Radicals; doch hat bis jetzt keinerlei Versuch einer Revolte stattgefunden.

Paris, 10. März. Durch eine amtliche Note wird die Nachricht des Centur de France bezüglich der in der französischen Colonie Cochinchina angeblich ausgebrochenen Unruhen demontirt. Es herrscht, dieser Note zufolge, in der Colonie vollständige Ruhe. Es gehen Truppen dahin ab, um diejenige abzulösen, deren Aufsenhaltzeit abgelaufen ist; doch findet keine Vermehrung des Effectivstandes derselben statt.

Paris, 11. März. General Wimpfen veröffentlichte ein Werk, worin er das ausgezeichnete Unternehmertum der preussischen Militär-Anstalten als mangelhaft empfiehlt. — Die Abgabe des Memorial Diplomatique, daß Rußland in Berlin den Wunsch nach baldiger Beendigung der Occupation ausdrückt, wird als eine Sensation-Geste betrachtet.

Versailles, 9. März. (Sitzung der National-Verammlung.) Guiraud interpellirt über die Demission des Finanzministers Pouyer-Quertier. Letzterer erklärt, daß seine Worte schlecht wiedergegeben wurden, er habe die Virements und die fictiven Mandate verdammt; wegen Nichtbereinstimmung mit seinen Kollegen habe er demissionirt, indem derselben darauf bestanden, jene 213,000 Francs zu reclamiren, deren vollkommen gerechtfertigte Verwendung er als Generalrath erkannte. Er erinnert daran, wie er den Staatsbankrott erlöste, den Credit wieder herstellte und wie Frankreich 6 (?) Milliarden Kriegsschuldigung und Kriegskosten an Preußen zahlte. (Unterbrechung der Linken. Verfall der Reden.) Der Herr über einige Irthümer in der finanziellen Doctrin Pouyer-Quertier's hervor, verweist auf jene Thatfachen, welche die Verfolgungen Janvier de la Motte's nachschwebig machten, und schließt mit Hinweis darauf, daß Pouyer selbst die finanzielle Gehaltung Janvier de la Motte's mißbilligt habe. Darauf sagt, die Regierung bedauere den Rücktritt Pouyer-Quertier's, aber sie dürfe nicht glauben lassen, daß sie ein Verfahren billige, welches der Umformung aller finanziellen Ordnung wäre. Hierauf geht die National-Verammlung zur Tagesordnung über. Die mit der Verhandlung über den Veranschaulichten Gesetzentwurf betraute Commission hat die Resolution des Artikels 1 aufrecht, scheint jedoch bezüglich des Artikels 2 zu einem Uebereinkommen geneigt zu sein. Von Madrid sind seit einigen Tagen Telegramme ausständig. Eine heute hier eingelangte Depesche meldet, daß gestern Abends eine von 4000 Wählern der constitutionellen Partei besetzte Versammlung stattfand. Derselbe proclamierte mit Enthufiasmus die Verfassung vom Jahre 1869 mit der Dynastie Amadeus und die Unabhängigkeit des spanischen Territoriums. Der Univers behauptet in einer Correspondenz aus Madrid, daß ein Aufstandsrath stattfand, welcher mehrere Forderungen zur Folge hat.

Versailles, 11. März. Heute Morgens hat zwischen Thiers und den Deputirten der Commission für den Französischen Gesetzentwurf eine Unterredung stattgefunden. Eine Verständigung ist wahrscheinlich geworden. Das Gerücht von einer angeblichen Demission des französischen Votischastens in Rom, Grafen Harcourt, wird demontirt.

Breda, 11. März. Der Graf von Schomburgk ist heute Früh um 10 Uhr nach Köln abgereist.

Bern, 11. März. Die Regierung von Teffin erklärte sich zu der von Rom beantragten Conferenz behufs Regelung der kirchlichen Verhältnisse Teffin bereit.

Brüssel, 11. März. Der Aikatholik von Brabant verurtheilte heute Langrand-Dimoncau wegen betrügerischen Bankrottes in contumaciam zu zehnjähriger Haft.

Rom, 10. März. Ein Schreiben aus Neapel bezeichnet die Nachricht von dem Entressen des Grafen Molite als unrichtig. Der Minister hat den Betrag von einer halben Million Francs für die Auslagen anlässlich der Weltausstellung in Wien festgesetzt. Ein begünstigter Gesetzentwurf wird der Kammer nächstens vorgelegt werden. Der Economista d'Italia meldet den Abschluß einer Convention zwischen Frankreich und Italien behufs der Herstellung internationaler Bahnhöfe auf der beide Länder verbindenden Eisenbahn; der eine Bahnhof wird in Modane, der andere in Ventimiglia errichtet.

Rom, 11. März. Die Tralle demontirt, daß Nigra als Votischastler nach Petersburg gehen und Minghetti provisorisch den Votischastposten in Paris übernehmen soll. Die Regierung beabsichtigt keinerlei diplomatische Veränderungen vorzunehmen.

Rom, 11. März. Eine Depesche aus Pisa meldet, daß Mazzini gestern gestorben ist. Die Kammer wird heute die Beratung der finanziellen Vorlagen beginnen.

Rom, 11. März. (Kammer Sitzung.) Mehrere Deputirte, allen Kammerfraktionen angehörend, beantragen, daß die Kammer anlässlich des Ablebens Mazzini's ihrem lebhaften Schmerz Ausdruck verleihen. Der Präsident hält eine Rede, in welcher er die Verdienste Mazzini's als Schriftsteller, großer Patriot und eifriger Förderer der Einheit und Unabhängigkeit Italiens hervorhebt. Die Kammer nahm den oberrührten Antrag einstimmig an.

Florenz, 11. März. Ein angeblich aus das beste unterrichteter Berliner Correspondent der Gazette d'Italia meldet, der Abschluß eines Defensiv-Allianzvertrages zwischen Deutschland und Italien sei unzweifelhaft in Aussicht genommen. Graf Armin überbringe der italienischen Regierung die Approbation des Vertragsentwurfes. Der Vertrag beziehe sich, wie schon obiger Name besagt, einzig auf den Fall der Defensiv, garantiere den Besitz der gegenseitigen Territorien und setze fest, daß sich im Kriegsfall die Erde über den militärischen Actionenplan vertheilen.

Madrid, 9. März. Deputirte verschiedener verbündeter Parteien versammelten sich heute bei Zorrilla, um die Vertheilung der Wahlstimme zu regeln; die Wahl eines Directoriums konnte nicht vorgenommen werden, weil keine ausreichende Zahl von Deputirten bei der Versammlung zugegen war. Dreiundzwanzig Journale protestiren gegen die Beschlagnahme ihrer Ausgaben in den Provinzen und verlangen die Entscheidung der Jure.

Athen, 10. März. Der König und die Königin sind von Corfu zurückgekehrt. — Die Neuwahlen in die Kammer haben begonnen. — Der Großherzog von Mecklenburg wird aus Konstantinopel hier erwartet.

Bukarest, 12. März. Die Fürstin Elisabeth reist heute über Pest und Wien nach Rom ab, um ihre durch Fieber angegriffene Gesundheit wieder herzustellen.

Local- und Tagesnachrichten.

Hermannstadt, 15. März. — Sonntag den 17. d. Mts. Nachmittags 5 Uhr werden die Abgeordneten des Pesther Gewerbecongresses im Gewerbe-Vereins-Gebäude ihren Vortragsgegenstand vortragen, wozu sämtliche Gewerbebetreibende höflich eingeladen sind.

(Todesfälle.) Der Director der unitarischen Landeskirche in Siebenbürgen und Professor des Kirchenrechts und der deutschen Sprache am unitarischen Collegium in Klausenburg, Laurentius Böldoni M. L. O., ist dort am 10. M. im Alter von 66 Jahren, — der Doctror röm.-kath. Pfarrverweiser Franz Ludwig am 7. l. M. in Dobra im blühendsten Mannesalter gestorben.

(Verschiedenes.) Bekanntlich gibt es eine Art Säbel, welche von den Ungarn gemeinhin „Fringia“ genannt wird. Der Name stammt von der Infchrift: F. R. I. N. G. I. A. her, welche auf den Säbeln der Anhänger Rákóczy's eingraviert war. Die erwähnte Infchrift bedeutet: „Franciscus Rákóczy In Nomine Genitis Insurgit Armis“ (Franz Rákóczy hat im Namen der Nation zu den Waffen gegriffen). — In Klausenburg wurde dieser Tage ein Arzt zu einem fieberkranken Mädchen gerufen. Der Arzt erfuhr die bildliche junge Patientin, sie möge ihre Zunge zeigen. Das Fräulein wird purpuroth und verlegen, zittert und verpricht, die Zunge unter der Bedingung zu zeigen, daß der Herr Doctor ihr den Rücken kehre. — An die Stelle des unlängst verstorbenen Reichstagsdeputirten der Stadt Szamos-Ujvar, Anton Laßlöffy, candidirt der ehemalige Mitarbeiter des „Hon“, Adalbert Vukacs, welcher in seinem Programme den 1867-ger Ausgleich nicht perhorrescirt. — Anlässlich des jüngsten Jahrmartens in Székely-Keresztur ließ der dortige Richter bei Trommelschlag verkünden, man möge sich hüten, um's Geld Karten zu spielen, denn die Gendarmerie sei beauftragt, derteil Geld zu confisciren und überdies würden die Kartenspieler und die Localinhaber, welche das Hazardspiel gestatten, empfindlich gestraft werden. Am meisten freueten sich hierüber die dortigen Frauen, welche ihren Männern damit droheten, sie würden — wenn's nicht anders ginge — die Spielfunkeln den Gendarmen selbst denunciren. — In Székely-Udvarhely ist über Anregung des Oberkammergerichts Gabriel Daniel ein Sparcassaverein im Entstehen; es sollen 600 Actien à 100 fl. emittirt und als erste Rate 40 % eingezahlt werden. — Ebendort starb unlängst in Ermaphrodit, welcher über welche seit Längerem als Köchin diente; das Wittvergescheß hieß Julianna Kerekes, war aus Klausenburg gebürtig und hatte ein hohes Alter (nach Manchen 84 Jahre) erreicht. Bei der Obduction stellte es sich heraus, daß die männlichen Theile überwiegend als die weiblichen entwickelt waren. Julianna wählte vermuthlich den weiblichen Stand, um dem Militärdienst zu entgehen; sie konnte um so leichter in Frauenkleidern einhergehen, als ihr Gesicht stets bartlos geblieben ist. — In Löbete erhielt der dortige Anwalt Andreas Andras, als er bereits im Bette war, vor Kurzem den Besuch von 5 Bekannten. Einer derselben forberte ihn auf, seine Schuld zu bezahlen, da er dies aber nicht konnte, zerrten sie ihn aus dem Bette, schleppten ihn in den Hof und mißhandelten ihn so arg, daß er, aus drei Kopfwunden blutend, bemuthlos liegen blieb. Die Thäter sind dem Gerichte überliefert worden. — In Nagy-Galamfalva wurde am 28. v. M. die Verhaftung eines gefährlichen Verbrechers veranlaßt. Derselbe heißt Nagy Antal Rajos; die Gendarmerie fahndete bereits seit einem halben Jahre auf ihn, denn er war auf 6 Jahre verurtheilt, doch gelang es ihm, vor seiner Abführung nach Szamos-Ujvar aus dem Hermannstädter Gefängnisse zu entspringen. Unter angenommenem Namen diente er in Székelyburg in verschiedenen Häusern als Kutscher, allein nach einigen Wochen pflanzte er gewöhnlich seinen Dienstherren zu bestehen und eine andere „Condition“ zu suchen. Endlich kam die Gendarmerie dem laubern Vogel in Nagy-Galamfalva auf die Spur, wo er sich bei ei-

nem gewissen M. Sz. aufhielt. Als jedoch die Gendarmerie mit dem Richter 10 Uhr Abends in das Haus eintrat, schrie die Hausfrau den Flüchtlinge zu, er möge sich retten. Dieser entsprang denn auch im Dunkeln, ohne daß die Gendarmerie seiner habhaft werden konnte. Die Frau wurde — wie „Udvarhely“ berichtet — zwar eingezogen, allein der Verbrecher konnte bisher noch nicht erwischt werden und dürfte sich jetzt irgendwo im Székelylande herumtreiben. — In Marefalva brannten in der Nacht vom 7. auf den 8. l. M. mehrere Häuser und Wirtschaftsgelände ab, wobei auch mehrere Hausthiere ihren Tod in den Flammen fanden. — In Karlsburg wurde am 11. l. M. die Jonas'sche Spiritusfabrik eingeweiht. Das hinfällige Gebäude war versichert. Die Ursache des Schadenfeuers ist bis jetzt nicht festgestellt.

(In der Schule wahnsinnig geworden.) Aus Szeged, 4. d. M., schreibt man: „In der ersten Classe der hiesigen Lehrer-Bildungsanstalt spielte sich dieser Tage ein unheimlicher Vorfall ab. Einer der Schüler, der allgemein als sehr fleißig galt und sich mit ganz besonderer Vorliebe den Naturwissenschaften widmete, saß in einer der ersten Bänke und horchte dem Vortrage des Professors. Wäglich sprang er mit ihren Worten auf, faltete die Hände, warf sich dann auf die Knie und rief unausgesetzt in weinerlichem Tone: „Lieber Herrgott, verzeihe mir! Ich armer Sünder! O, ich armer Sünder, ich werde gewiß verdammt werden, ich habe so viel gesündigt“ u. dgl. m. Man rief den Vater des jungen Mannes herbei, allein auch diesen erkannte er nicht; er rief ihm nur zu: „Beten Sie für mich, beten Sie für mich, ich werde gewiß verdammt werden.“ Endlich holte man einen Wagen und schaffte den Irren nach Hause. Sein Zustand hat sich noch nicht gebessert. Der Fall wird sich ganz ungemein zur Ausbeute für unsere Mäcker eignen, denn der Bedauernswerthe war, wie es heißt, ein eifriger Darwinianer.“

Gewerbe und Industrie.

Hermannstadt, 11. März. (Weltausstellung.) Am 4. März l. J. fand die constituirende Versammlung des hiesigen Local-Ausstellungs-Comitès auf dem Grunde der Satzungen für die ungarischen Local-Ausstellungs-Comitès statt. Unter starker Theilnehmung berufener Comitèmitglieder wurde zunächst die Wahl des Präsidenten, der zwei Vicepräsidenten und der drei Schriftführer vorgenommen. Gewählt wurde zum Präsidenten der Gewerbevereinsdirector Friedrich Schuler-Biboly, k. u. k. ungar. Professor. Zum ersten Vicepräsidenten der Gewerbevereins-Vicedirector Michael Fabricius, Kupferstecher, zum zweiten Vicepräsidenten der Vorstand der Handlungs-Societät Karl Jellak, Kaufmann, und zu Schriftführern der Gewerbevereinssekretär Martin Schuster, Professor, der Kaiser des Vorhubsvereins Franz Jöhler, Kaufmann, und eventuell Gustav Söllner, Adv. Steueramtscontroller, oder Gustav Dierich, Verlagsamtsdirector, indem es den beiden Letzgenannten anheim gegeben wurde, beider Uebernahme dieser Stelle sich zu einigen.

Hierauf wurden fünf Fachsectionen zu bilden beschloffen, um deren Einberufung und Bildung die in unferem Blatte bereits genannten Herren erzuht wurden. Diese Fachsectionen sollen sich je an einem auf den Montag folgenden Wochentage im Gewerbevereinsausführungszimmer zu Beratungen versammeln.

Die Sitzungen des Local-Ausstellungs-Comitès finden regelmäßig jeden ersten Montag der kommenden Monate statt. Sicheren Vernehmen nach wird aber die nächste Sitzung nicht am ersten Montag im April, weil am zweiten Ostertage, sondern am zweiten d. i. am 4. d. M. abgehalten werden.

So ist denn der erste Schritt geschehen, an den Fachsectionen liegt es nun die Sache weiter zu betreiben und Theilnahme unter den Gewerbebetreibenden zu erwecken. Daß sie es thun werden, davon sind wir überzeugt, ob aber die Erfolge den Erwartungen entsprechen werden, wird die Zukunft lehren. Vom gesunden Sinne unserer Handels- und Gewerbebetreibenden, die stets gewußt im rechten Augenblicke thätig eingzugreifen und ruhig und besonnen das einmal gedachte Ziel zu erreichen, hoffen wir das Beste. Sie haben erkannt und eingesehen, daß es notwendig ist, sowohl im Interesse ihres gesammten Vaterlandes, als auch im Interesse ihrer Vaterstadt, die Weltausstellung zu besuchen, nun werden sie darnach auch ihre Handlungen einrichten und das Ziel zu erreichen trachten.

Theater-Nachricht.

Dem hohen und hochgeehrten Publikum mache ich ergebenst die Anzeige, daß die Vorstellung am Samstag den 19. März zu meiner Benefice stattfinden wird.

Gewählt habe ich dazu das vortreffliche Charakter-Gemälde mit Orsang: „Ein Jubel von Anno Neune von A. Ronger“. Es ist anerkannt eines der besten Stücke voll Lebenskraft und Wahrheit, ebenso ergreifend tragisch wie erheitend komisch, wie dies im Leben ja so oft beieinander liegt.

Indem ich dazu meine ganz ergebene Einlatung mache, wünsche ich nur durch meine Wahl das Interesse des hochgeehrten Publikums erregt zu haben, damit aus dem Bene — kein Male — werde.

Ganz ergebenst Wilhelm Kurt.

Den Herren Landwirthen zu besonderer Beachtung.

Zu empfehlen sind Dreschmaschinen, welche von der renommirten Firma Moritz Weil jun. in Frankfurt a. M. für solche Colonien geliefert werden, auf welchen große Dampfdruckmaschinen nicht mit Vortheil angewendet werden können. — Es sollen sich dieselben als so praktisch und zweckmäßig erweisen haben, daß sich zahlreiche landwirtschaftliche Behörden und Vereine angelegentlich um deren Verbreitung bemühen, und daß innerhalb 2 Jahren 3000 Stück verkauft wurden. — Der Preis soll ein sehr geringer sein und schon bei fl. 88 oder 100 für eine complete Maschine anfangen. — Weitere Anfragen bitten wir brieflich an obige Firma direkt zu machen.

Fremdenliste.

Angekummen am 14. März:

Römischer Kaiser. Paul Lazar, Richter von Oravica; Johann Bantals, Kaufmann von Bukarest; A. Genau, Ingenieur von Mediasch; J. Amelung, Ingenieur von Székelyburg; Dr. Mikesz, von Lugos; Ludwig Greising, Ministerialrath, von Kronstadt.

Mediascher Hof. Julie v. Gofa kommt Schwester Titula, Regimentskassierin von Székelyhád; Franz Mezney, Stefan Koren, Zimmerleute von Nagy-Ujnyed; Anton Gatala, Janay Schubert, Zimmerleute von Ujs Oberkammergericht; Franz Schler, Kaufmann von Kronstadt; Karl Brantisch, Pfarrer von Großpösten; Gheorgy Popa, Grundbesitzer von Marosfalva.

Neumüller. Johann Schöndorfer, l. ungar. Grundbesitzer von Ankerben; Ladislaus Zamas, Militär-Oberkapitän von Fogaras; Benzel Tharowsky, l. l. Krieger aus Székelyburg.

Telegr. Wiener Cours vom 14. März 1872.

Table with 3 columns: Item, Price, Item. Includes entries like 5% Metalliques, 5% mit Nat. u. Böhm. Zinsen, 5% National-Anlehen (Silber), 100er Staats-Anlehen, Renten, etc.

